

Standpunkt

Diskussionsimpulse und Konzepte des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Rechtsextremismus geht alle an!

Kommunale Handlungsmöglichkeiten gegen eine Gefährdung der Demokratie

Helge von Horn und Stephan Bürger*

AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Rechtsextremismus ist ein Problem, soweit sind sich alle demokratischen Kräfte einer Kommune schnell einig. Beim Willen, gegen dieses Problem auch etwas zu tun, lässt die Einigkeit schnell nach, und bei der Frage, was konkret getan werden könnte und sollte, ist es damit häufig ganz vorbei. Oft werden kurzfristig öffentlichkeitswirksame Aktionen geplant, Signale gesetzt, die aber genauso schnell wieder verhallen. Dabei erfordert das Problem einen langfristigen und gesamtgesellschaftlichen Ansatz und Engagement, das über Willensbekundungen hinausgeht. Vor allem ist die gesellschaftliche Breite wichtig, die niemanden ausschließt, insbesondere nicht die Betroffenen von der meist mit dem Auftreten von Rechtsextremen einhergehenden körperlichen und psychischen Gewalt. Erfolgreiche Handlungsmöglichkeiten brauchen die Bereitschaft, das Problem zu benennen und nicht zu verharmlosen, eine aktive Zivilgesellschaft und ein langfristiges Engagement in einem breiten Netzwerk, vor allem aber gesicherte Mittel und die Bereitschaft, auch das eigene Verhalten kritisch zu hinterfragen.

* Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autoren in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

Spätestens seit November 2011, dem Bekanntwerden der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“, ist Rechtsextremismus im gesamten Land zum Thema geworden. Die Presse hat vielfach über lokale Szenen berichtet und ihnen plötzlich deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Mit dem neu erstarkten Handlungswillen wurde aber auch die Frage laut, wie erfolgsversprechende Handlungskonzepte aussehen könnten, um gegen rechtsextreme Tendenzen vorzugehen. Zwar gibt es bundesweit erst wenige Analysen der bereits bestehenden Projekte, aber aus der langjährigen Erfahrung lassen sich Grundsätze formulieren, die für ein Gelingen unabdingbar scheinen.

Situation der extremen Rechten in Hessen

Die Ausgangslage in Hessen ist, zumindest was den in Organisationen gebundenen Teil der rechtsextremen Szene betrifft, meist recht hoffnungsvoll. Vor allem die NPD, als größte und einflussreichste Partei, ist in Hessen seit Jahren in einem Schrumpfungsprozess. Ihr fehlt weitgehend die Anziehungskraft, die sie in anderen Bundesländern vor allem auf rechtsaffine Jugendliche entfaltet. Es fehlt an fähigem Führungspersonal, aber auch die interne Zerstrittenheit trägt dazu wesentlich bei. Lediglich in einigen Regionen Süd- und Mittelhessens ist die NPD in der Öffentlichkeit wahrnehmbar. Andere, wie die neu gegründete Partei „Die Rechte“, bestehen zurzeit nur aus wenigen Aktivisten.

Bei den parteiunabhängigen Gruppen, den sogenannten „Kameradschaften“, gibt es ein flächendeckendes Netz von ca. einem Dutzend Gruppen mit unterschiedlichem Aktivitäts- und Organisationsgrad.

Viel verbreiteter sind jedoch die nicht organisierten, eher subkulturell geprägten Elemente des Rechtsextremismus. Sie äußern sich in losen Gruppierungen oder Freundeskreisen, in denen entsprechendes Einstellungspotential verbreitet ist. Die vorhandenen rechtsextremen Weltbilder werden durch den Konsum einschlägiger Musik, Szenecodes und das Tragen entsprechender Modemarken gefestigt.

Darüber hinaus erfreut sich rechtsextreme Musik auch bei nicht rechts orientierten Jugendlichen teilweise großer Beliebtheit. So sind Lieder von einschlägigen Bands, wie Landser oder Sleipnir, inzwischen ganz selbstverständlich auf vielen mp3-Playern vorhanden, oft ohne dass der menschenverachtende Hintergrund erkannt oder reflektiert wird. Bekanntestes aktuelles Beispiel dürfte hier der Abschlussjahrgang einer Realschule in Süddeutschland sein. Gemeinsam wurde auf dem Abschlussball ein rechtsextremes Lied auf der Bühne vorgetragen, ohne dass jemandem aufgefallen ist, was der Text bei genauem Hinhören aussagt und von welcher Gruppe dieses Lied im Original stammt.

Rechte Rattenfänger

Diese Entwicklung ist kein Zufall, sondern auch Produkt einer bewussten Strategie der extremen Rechten. So spielt gerade die Musik eine wichtige Rolle in der rechtsextremen Agitation. Mit den sogenannten Schulhof-CDs, die in hohen Stückzahlen umsonst verteilt wurden, sollten vor allem Jugendliche angesprochen werden. Oft sind die Texte ohne genauere Analyse nicht als rechtsextrem oder verfassungsfeindlich zu erkennen. Die Botschaften werden unterschwellig oder mittels Umschreibungen vermittelt.

Auch in der Wahl ihrer Themen geht die Szene gezielt vor. Emotionale Themen, bei denen sie auf eine möglichst große Gesellschaftliche Zustimmung hoffen können, stehen im Vordergrund. So dient beispielsweise die Kampagne „Todesstrafe für Kinderschänder“ als Mittel, mit diesem emotional hoch beladenen Thema in die Mitte der Gesellschaft hineinzuwirken und Diskurse zu beeinflussen, um das strategische Ziel, die Wiedereinführung der Todesstrafe, zu erreichen.

Andere Anknüpfungspunkte sind der latent vorhandene Rassismus und Antisemitismus in Teilen der Bevölkerung, wie die in den letzten Jahren stark gestiegene Islamfeindlichkeit. Welche großen Bevölkerungsanteile auf diesem Wege potenziell erreicht

werden können, zeigen inzwischen mehrere Untersuchungen, wie die kürzlich von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Studie zu rechtsextremen Einstellungspotentialen in der Bevölkerung, „Die Mitte im Umbruch“ (herausgegeben am 12.11.2012).

Das Thema Beteiligung auf lokaler Ebene ist inzwischen ein weiteres gewichtiges Thema für Rechtsextremisten geworden. Öffentliche Veranstaltungen wie „Stadtputztage“ und lokale Diskussionsrunden oder Demonstrationen und Bürgerinitiativen gegen „Kinderschänder“ oder den Euro werden genutzt, um sich in das Licht der Öffentlichkeit zu bringen.

Sobald sie mit Gegenwehr konfrontiert werden, versuchen die Rechtsextremen sich in eine Opferrolle zu flüchten. Plötzlich steht die Meinungsfreiheit auf ihrer Agenda, die sie anderen niemals zugestehen würden weil die Rechtsextremen alles andere als tolerant gegenüber anderen Meinungen sind. Es geht ihnen ausschließlich um Meinungsfreiheit für sich und ihre Klientel. Vor allem die Straftatbestände der Volksverhetzung und das Verbot des Zeigens verfassungsfeindlicher Kennzeichen wie dem Hakenkreuz werden als störend angesehen. Kampagnen zur Abschaffung dieser beiden Straftatbestände finden regelmäßig statt.

Besonders letzteres Beispiel zeigt, dass es für die Entwicklung einer gelungenen Praxis wichtig ist, die Strategien der extremen Rechten zu kennen und sie einordnen zu können. Aber welche Bedingungen sind notwendig für eine erfolgreiche kommunale Praxis?

1. Nicht verharmlosen, sondern das Problem deutlich benennen

Eine häufig beobachtete Reaktion nach Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund ist immer noch das Abwiegeln und Relativieren. Möglicherweise von der Motivation getrieben, Schaden vom Ansehen der eigenen Kommune abzuwenden, werden Straftaten als „Dumme-Jungen-Streiche“ abgetan, aus Übergriffen werden „ganz normale Prügeleien“, verbotenes Handeln wird dem Alkoholkonsum zugeschrieben oder es wird betont, dass die Täter „alle nicht von hier sind“.

Rechtsextreme Übergriffe werden so verharmlost und dreierlei Signale ausgesendet: Zum einen an die Gesellschaft, dass das Problem ja „nicht so schlimm“ sei und die darüber berichtenden Panikmacher und Unruhestifter seien. Zum zweiten an die rechtsextreme Szene, die mangelnde Aufmerksamkeit eben nicht, wie häufig angeführt, als demotivierend empfindet, sondern als Signal zum Weitermachen, weil man sich ja scheinbar noch viel mehr erlauben kann. Und zum dritten, und das ist der wohl wichtigste Punkt, an

die Opfer und Betroffenen. Ihre Bedrohungen und Ängste werden nicht ernst genommen, ihnen wird notwendige Hilfe und Anerkennung verweigert.

Mit solcher Reaktion tut sich also niemand einen Gefallen. Natürlich ist es nicht sinnvoll, bei jedem Vorfall das komplette Repertoire der zur Verfügung stehenden Mittel zu bedienen. Vorfälle sollten im Einzelnen eingeordnet und bewertet werden: Wie intensiv war der Vorfall, welche Motivation liegt zu Grunde, und gibt es eine Kontinuität oder Organisierung?

Nicht zuletzt ist es an diesem Punkt wichtig, nicht nur im Rahmen von einzelnen Projekten für Toleranz und Demokratie und gegen Diskriminierung einzutreten. Notwendig ist sich deutlich zu machen, dass hinter dem offen auftretenden Problem rechtsextremer Erscheinungsformen Einstellungspotentiale innerhalb weiter Teile der Bevölkerung stehen, die diesen Erscheinungsformen erst den nötigen Rückhalt und die Motivation verleihen. Rassistische Diskurse, fremdenfeindliche Witze oder antisemitische Statements geben den Rechtsextremisten erst das Gefühl, die „Stimme der schweigenden Mehrheit“ zu sein. Äußerungen dieser Art erfordern konsequenten Widerspruch.

2. Zivilgesellschaftliches Engagement ist unentbehrlich

Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus haben neben dem kommunalen Engagement noch eine zweite, wichtige Säule. Es sind Aktivitäten, die aus dem Kreis der Zivilgesellschaft entstehen, in Vereinen und Verbänden, die sich gegen rechtsextreme Tendenzen, Rassismus und Diskriminierung in ihrem Wirkungsbereich, aber auch gesamtgesellschaftlich engagieren. Ohne dieses Engagement und die ehrenamtlich erbrachte Arbeit könnten viele Programme nicht in der Form umgesetzt werden. Jeder größere Aktionsrahmen setzt zivilgesellschaftliches Engagement voraus.

Nur durch Stärkung und Entwicklung dieses Engagements kann Rechtsextremismus nachhaltig zurückgedrängt werden. Dabei ist die vorhandene bunte Vielfalt als positiv zu bewerten. Auch wenn durch unterschiedliche Herangehensweise und Vorstellungen Konfliktpotentiale entstehen können, bietet sich hier eine Chance. Engagement, das sich vielleicht nicht nahtlos in die erarbeiteten Aktionspläne einfügt, als „störenden Einfluss“ abzulehnen ist einfach. Konflikte auszuhalten und zu einem positiven Abschluss zu führen, ist nicht nur gelebte Demokratie, sondern führt oft zu den besten Ergebnissen. Durch die Dynamik der Unterschiedlichkeit und Kreativität können breitere Gesellschaftskreise angesprochen und mobilisiert werden.

Um Konflikte zu vermeiden ist es sinnvoll, Begegnungen zwischen kommunalen Akteuren und zivilgesellschaftlichen Kräften zu schaffen. Es gilt, sich auf gemeinsame Ziele zu verständigen. Zuvor müssen aber eigene Positionen und ggf. auch Handlungszwänge offen miteinander besprochen werden. In vielen Aktionsbündnissen sind die Erfahrungen, die bei einem gemeinsamen Austausch wie beispielsweise in kommunalen Runden Tischen gewonnen werden, wertvolle Hilfe, um den jeweils „anderen“ zu verstehen und sein Handeln deuten zu können. Ein erster wichtiger Schritt könnte sein, sich darauf zu einigen, welche kurz- und mittelfristigen Ziele gemeinsam erreicht werden sollen, und eine gemeinsame Strategie zu entwickeln.

3. Langfristiges Engagement in einem breiten Netzwerk

Einen nachhaltigen Erfolg im Umgang mit Rechtsextremismus zu erreichen setzt meist ein längerfristiges Engagement der beteiligten Akteure voraus. Kurzzeitig ins Leben gerufene Aktionsbündnisse, etwa bei bevorstehenden Ereignissen wie Demonstrationen, haben zwar eine zentrale, meist jedoch nur kurze Signalwirkung. Lösen sie sich danach auf, ist langfristig meist wenig erreicht. Aber gerade in solchen Situationen lässt sich die Chance nutzen das kurzfristige Engagement zu verstetigen.

Dafür sind zwei Punkte wichtig: Zum einen ist die Breite des Netzwerkes entscheidend, zum zweiten ein klares Bekenntnis aller beteiligten Kräfte nötig.

Ein breites Netzwerk ist vor allem deshalb wichtig, weil es ein Ausdruck des Zusammenstehens demokratischer Kräfte gegen die Feinde der Demokratie ist. Den einzelnen Mitgliedern, auf zivilgesellschaftlicher Ebene sind dies vor allem einflussreiche Organisationen und Verbände, fallen unterschiedliche Aufgaben und Tätigkeitsschwerpunkte zu:

- Kirchen als Akteure zu gewinnen sollte auf Grund ihrer Wertorientierung nicht schwer sein. Gleichzeitig sind sie ein wirkungsmächtiger Akteur. Im Zusammenschluss mit anderen Religionsgemeinschaften kann Toleranz erfahr- und erlebbar gemacht werden.
- Jugendverbände, Sportvereine und Jugendfeuerwehren sind diejenigen Organisationen, die die Zielgruppe rechtsextremer Agitation als Mitglieder haben, nämlich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie sind also möglicherweise von solchen Einflussnahmen betroffen, sind aber vor allem diejenigen, die Alternativen zu rechtsextremen Erlebniswelten aufzeigen und leben können.
- Parteien, Bürgerinitiativen und politische Gruppierungen, die Einigkeit gegenüber rechtsextremen

Tendenzen zeigen. Genauso Arbeitgebervertretungen und Gewerkschaften, die hier bewusst mit einer Stimme sprechen.

- Sogenannte deutungsmächtige Akteure, also Personen des täglichen Lebens, die von der Gesellschaft als einflussreich wahrgenommen werden. Sie können vor allem eine Vorbildfunktion erfüllen und es anderen erleichtern, Position zu beziehen.

Diese zivilgesellschaftlichen Akteure können nur einen – wenn auch wichtigen – Teil des Spektrums abdecken. Das Zusammenspiel mit Behörden, wie beispielsweise den Jugend- oder Ordnungsämtern und der Polizei, die alle direkt mit dem Problem befasst sind, schafft ein breit aufgestelltes Netzwerk. Sie in Prozesse mit einzubeziehen und eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, wie ein demokratisches Gemeinwesen weiterentwickelt werden kann, bietet die Chance einer nachhaltigen Wirkung. Jedes Element, das im Netzwerk fehlt, macht es schwächer.

Eine besondere Rolle kommt dabei den Schulen zu. Hier können diejenigen, die Zielgruppe von Rechtsextremisten und ihrer Agitation sind, selbst erleben, was demokratische Gesellschaften ausmacht. Hier können Jugendliche am ehesten den Umgang mit Gestaltungs- und Handlungsspielräumen erfahren und haben Gelegenheit, zivilgesellschaftliche Praxis zu üben. Diese Spielräume müssen für die Schülerinnen und Schüler allerdings auch real vorhanden sein. Die praktische Erfahrbarkeit von Mitbestimmung und eine gelebte „Erlebniswelt Demokratie“ ist eine Immunisierung gegenüber der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ mit einfachen Parolen und vermeintlich simplen Lösungen.

Ein klares Bekenntnis aller beteiligten Kräfte meint auch sich gemeinsam bewusst zu machen, dass Rechtsextremisten die Abschaffung der Demokratie zum Ziel haben, und dieser Angriff auf die Demokratie benötigt die gemeinsame Gegenwehr aller demokratischen Kräfte. Dabei ist es wichtig, sich auf die aktuelle Problemlage zu konzentrieren. Die Beschäftigung mit rechtsextremen Erscheinungsformen benötigt oftmals eine deutlich andere Herangehensweise als beispielsweise allgemeine Gewalt- oder Suchtproblematiken. Für solche Problemlagen können zwar entstehende Netzwerke an anderer Stelle aktiviert werden, aber ein Aktionsplan zum Thema Rechtsextremismus muss sich

genau diesem Thema widmen und nicht mehrere Problemlagen vermischt betrachten.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Kommunale Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus leben auch von politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Sich mit dem Thema Rechtsextremismus als Erscheinungsform zu befassen kann nicht erfolgreich sein, wenn nicht gleichzeitig die bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreichenden rassistischen, antisemitischen oder sozialdarwinistischen Einstellungspotentiale thematisiert werden. Nicht erst bei geschlossenen rechtsextremen Weltbildern ist Handeln gefragt, sondern bereits weit vorher.

Dieser präventive Bereich ist bislang in den existierenden Förderprogrammen nicht ausreichend berücksichtigt. Flächendeckende Programme zur Toleranz- und Demokratieverziehung sind nicht vorhanden.

Dabei muss diese Präventionsarbeit so früh wie möglich ansetzen. Auch Konzepte für den Elementarbereich müssen geschaffen werden, nicht nur als Kurzzeitprojekte vor den Sommerferien, sondern als permanentes Thema. Den Themen könnte in den Lehrplänen ausreichender Umfang eingeräumt werden, beispielsweise im Rahmen des Themenfeldes „Demokratie“ oder bei der Behandlung des Themas Nationalsozialismus. Gerade hier wäre ein aktueller Bezug wichtig, um die Kontinuitätslinien aufzuzeigen. Daneben können Schulprojekte oder Arbeitsgemeinschaften eine Verstärkung erreichen.

Die im vorigen beschriebenen Netzwerke sollen zwar durchaus von kommunalpolitisch Verantwortlichen initiiert werden, dazu gehört aber auch, dass personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Ein eigenes finanzielles Engagement der Kommunen, neben der Möglichkeit eventuell auf Landes- oder Bundesmittel zuzugreifen, ist nicht nur ein starkes Signal, sondern sichert auch Unabhängigkeit, Flexibilität und damit verbunden ein schnelles und auf die individuelle Situation vor Ort abgestimmtes Vorgehen, ohne dass eventuelle Förderhemmnisse dem entgegenstehen. Schließlich müssen die geschaffenen Netzwerke ausgebaut und gepflegt werden und politisch Verantwortliche müssen diese Initiativen öffentlich wirksam vertreten können.

Die Autoren:

Helge von Horn ist Soziologe und berät unter anderem Schulen, Kommunen und Institutionen beim Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen. Er ist u.a. freier Mitarbeiter des Projektes „Gewalt geht nicht!“ im Schwalm-Eder-Kreis. **Stephan Bürger** ist Mitarbeiter des Schwalm-Eder-Kreises, Fachbereich Jugend und Familie, Leiter des Projektes „Gewalt geht nicht!“.